

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

September 2020

Die BGI-Abstimmung wird knapp!
JEDE Stimme zählt!



Seiten 6–7

**Bilaterale I
machen die
Schweizer ärmer**



Seiten 8–9

**So dreist
lügen unsere
Gegner**



Seite 12

**So heucheln
die Grünen**

STOP

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung
vom 27. September 2020

Wollen Sie die Volksinitiative
«Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungsinitiative)» annehmen?

Antwort
JA

JA+
zur Begrenzungs-
Initiative

**Am 27. September mit dem JA zur Begrenzungs-Initiative
masslose Zuwanderung endlich stoppen!**

«Mein Traumberuf als Bub war Hausarzt»

Marco Chiesa ist der fulminant neu gewählte Präsident der SVP Schweiz! Doch wer ist die Person Marco Chiesa? Im Kurzinterview gibt er persönliche Einblicke in sein Leben.

Deine Muttersprache ist Italienisch und du sprichst fließend Französisch. Wie steht es mit Deutsch?

Ich arbeite daran und ich habe die beste Lehrerin: Meine Frau, die Deutschschweizer Wurzeln hat.

Wolltest du schon immer Politiker werden?

Mein Traumberuf als Bub war Hausarzt.

Wie verbringst du deine Freizeit?

Ich widme meine gesamte Freizeit meinen Kindern und meiner Frau, wir wandern oft oder unternehmen Velotouren.

Wer kocht im Hause Chiesa?

Meine Frau, sie kann das viel besser als ich.

Worüber freust du dich?

Über ein gemütliches Abendessen mit alten Freunden.

Mit Bier oder Wein?

Mit einem feinen Glas Merlot del Ticino.

Hund oder Katze?

Ich mag Hunde sehr, aber das fünfte Mitglied unserer Familie ist eine Katze. Er heisst Pepe und ich schätze seine aussergewöhnliche Unabhängigkeit.

Pizza oder Fondue?

Unmöglich zu beantworten, beides!

Fernsehen oder lesen?

Ich bevorzuge ein gutes Buch.

Skiferien oder Strandferien?

Skiferien in unseren Schweizer Bergen.

Fussball oder Eishockey?

Ich begeistere mich für beide Sportarten und ich feure die Stadt meines Herzens, Lugano, an.

Welchen Dienstgrad hast du?

Ich bin Wachtmeister der Infanterie.

JA zur massvollen Zuwanderung!

In zwei Wochen, am 27. September, stimmen wir über die Begrenzungs-Initiative ab. Es ist zwar eine Initiative der SVP, aber es geht hier nicht um Sieg oder Niederlage für die Partei. Es geht darum, wie gut oder schlecht wir, unsere Kinder und Grosskinder künftig leben werden.

«Nicht Brüssel, wir Schweizer müssen die Zuwanderung steuern.»

In unserem kleinen Land leben mittlerweile über 8,6 Millionen Menschen.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 drängten insgesamt rund 1 Million Zuwanderer in die Schweiz. Und es werden immer mehr. Allein aus den EU-Ländern kommen jedes Jahr im Durchschnitt 50'000 Personen – die meisten von ihnen sind keine gesuchten Fachkräfte, sondern billige Arbeitskräfte. Dank der Personenfreizügigkeit kann sie niemand aufhalten. Jetzt, wo in all unseren Nachbarländern die Arbeitslosigkeit massiv zunimmt, werden noch mehr Zuwanderer kommen. **Diese Masslosigkeit hat verheerende Folgen, die wir jeden Tag spüren:** Staus auf den Strassen, überfüllte Züge, geplünderte Sozialwerke, zubetoniertes Kulturland, schlechtere Schulen, sinkende Löhne und ältere Arbeitnehmende, die in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden.

Ich frage Sie: Wollen Sie wirklich eine Schweiz mit 10 Millionen Menschen? In meinem Kanton – wie in allen

unseren Grenzregionen – leiden die Menschen besonders stark unter den negativen Folgen der Personenfreizügigkeit. Wenn Sie in Zürich, in der Inner- oder im Kanton Bern leben und denken, das Tessin ist weit weg, dann täuschen Sie sich. **Was Sie heute in unseren Grenzregionen sehen, wird bald in der ganzen Schweiz traurige Realität sein – wenn wir jetzt nichts dagegen tun.**

Deshalb rufe ich Sie dazu auf: Helfen Sie mit, die Lügen unserer Gegner zu bekämpfen, und verhindern Sie so, dass die Zukunft unserer Kinder verkauft wird. Verteilen Sie Flugblätter, hängen Sie unsere Plakate auf und vor allem: **Überzeugen Sie Ihre Freunde und Bekannten von einem JA am 27. September zur Begrenzungs-Initiative.** Damit wir Schweizerinnen und Schweizer wieder selbst bestimmen können, wie viele und welche Zuwanderer wir in unserem Land aufnehmen wollen.

Jetzt alle an die Urnen! Wir brauchen jede JA-Stimme für die Begrenzungs-Initiative.

Marco Chiesa
Ständerat und
Präsident SVP Schweiz



Geniessen bei Wanderungen die wunderschöne Schweiz: Marco Chiesa mit seiner Frau und ihren beiden Kindern.



Gleichgewicht bewahren

In jedem Land besteht die Wirtschaft aus drei Produktionsfaktoren: Boden, Kapital und Arbeit. In modernen, hochentwickelten Volkswirtschaften kommt das Know-how hinzu. Und gewisse Ökonomen nennen jeweils auch noch die Energie. All diese Faktoren sind notwendig, damit eine Wirtschaft Güter produzieren und Dienstleistungen erbringen kann.

Das freie Zusammenspiel dieser Wirtschaftsfaktoren nennt man Marktwirtschaft. Ihr haben wir unseren grossen Wohlstand in der Schweiz zu verdanken. Seit ich in der Politik bin, setze ich mich dafür ein, dass der Staat möglichst wenig in den Markt eingreift.

Allerdings ist es nicht so, dass ein Staat gar nie eingreifen darf. Sonst wäre er ja überflüssig. **Auch der liberale Staat muss tätig werden, wenn Entwicklungen aus dem Ruder laufen.** Denn wenn er bei offensichtlichen Auswüchsen und Missständen nicht handelt, lässt er seine Bürgerinnen und Bürger im Stich.

Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren verloren geht. Denken wir an den Boden. In unserem kleinen Land ist dieser knapp und braucht schon lange unseren speziellen Schutz. **Wir haben Zonenordnungen, damit unser schönes Land zumindest nicht ganz planlos zubetoniert wird.** Wir haben das bäuerliche Bodenrecht zum Schutz der Landwirtschaft. Und wir haben Einschränkungen für den Immobilienerwerb durch Ausländer. All diese Massnahmen sind für uns selbstverständlich; sie gelten allgemein als dringend notwendig und sind sogar über die politischen Lager hinweg weitgehend unbestritten.

«Die Schweiz erlebte in den letzten Jahren eine unglaublich starke, ungesteuerte Zuwanderung.»

Oder denken wir an den Produktionsfaktor Kapital: Der Bund wird von unserer Verfassung zu einer Konjunkturpolitik verpflichtet. Und die Nationalbank betreibt Geld- und Währungspolitik. Momentan gehört es zu ihren wichtigsten Aufgaben, den massiven Zustrom von fremdem Kapital aus dem Ausland zu begrenzen. **Niemandem käme es in den Sinn, unsere Nationalbank abzuschaffen und auf unsere Eigenständigkeit in diesem Gebiet zu verzichten.**

Nicht anders bei der Energie. Auch hier gibt die Verfassung Vorgaben, um die Entwicklung zu steuern. Sogar beim Know-how sorgt der Bund unter anderem mit dem Patent-, Urheber- und Markenrecht für Schranken und geordnete Verhältnisse.

Wie aber sieht es beim Produktionsfaktor Arbeit aus? Die Schweiz erlebte in den letzten Jahren eine unglaublich starke, ungesteuerte Zuwanderung. Dadurch ist das eingespielte Gleichgewicht verloren gegangen. **Löhne entwickeln sich nur schwach oder stagnieren; gleichzeitig steigen die Immobilienpreise und die Mieten.** Für viele ist das schon bei guter Konjunktur eine schwierige Situation. In einer Krise dagegen wird daraus sozialer und wirtschaftlicher Sprengstoff.

Meiner Meinung nach darf eine verantwortungsvolle Politik Entwicklungen nicht eskalieren lassen. Für unser Land ist es wichtig, dass sich die verschiedenen Produktionsfaktoren im Gleichgewicht befinden. Ist das nicht der Fall, sollte man rechtzeitig und massvoll eingreifen. **Nur so können sozialer Friede, Stabilität, Wohlstand und Lebensqualität auf Dauer gewahrt werden.**



Von Ueli Maurer, Bundesrat
Vorsteher des Eidgenössischen
Finanzdepartements (EFD)
Wernetshausen, ZH

Ein klares JA zur

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Brugg-Windisch (AG) stand ganz im Zeichen der Begrenzungs-Initiative und der Wahl des neuen Parteipräsidenten Marco Chiesa.

Angesichts der Tatsache, dass unsere Gegner über massiv mehr Mittel verfügen, brauchen wir jede Unterstützung, die wir bekommen können. Auch Marco Chiesa rief in seiner Rede dazu auf, geschlossen für die Begrenzungs-Initiative zu kämpfen. **«Denn zum Wohl der Schweiz bleibt uns nur eines: Ein JA am 27. September!»**

Zuvor hatten die Delegierten den Tessiner Ständerat mit tosendem Applaus als



Herzliche Gratulation

zur Wahl zum Präsidenten der SVP Schweiz, lieber Marco Chiesa!

neuen Präsidenten der SVP Schweiz gewählt. Marco Chiesa ist 46 Jahre alt, lebt in Ruvigliana, Lugano, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Neue Parteiorgane und Parolenfassung

Im Parteileitungsausschuss sind neu die Nationalräte Franz Grüter (LU) und Manuel Strupler (TG). Zudem wurde die Parteileitung ergänzt: Nationalrätin Monika Rüeegg (OW) ist neue Verantwortliche für Familien- und Gesellschaftspolitik, Nationalrat Lars Guggisberg (BE) ist neu Verantwortlicher Finanz- und Steuerpolitik.

Zudem fassten die Delegierten die Parolen für die Volksabstimmung vom 27. September. **Sie sagten klar JA zur Begrenzungs-Initiative, zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und zu höheren Steuerabzügen für Kinderbetreuungskosten.** Den Vaterschaftsurlaub hingegen lehnten sie ab. Die JA-Parole für das Jagdgesetz wurde bereits im Januar gefasst.

Steckbrief

Geboren: 10. Oktober 1974
Wohnort: 6977 Lugano (Ruvigliana)
Zivilstand: Verheiratet
Kinder: Zwei im Alter von 10 und 12 Jahren
Beruf: Ökonom
Militärischer Grad: Wachtmeister

Politische Ämter

2015–2019 Nationalrat
 Seit 2019 Ständerat
 Seit 2020 Parteipräsident SVP Schweiz



@marco.chiesa.5



@marcochiesa74



marcochiesa.ch

Die Delegierten sagen **einstimmig JA** zur Begrenzungs-Initiative!



Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

JA

Wegen Corona fand die Delegiertenversammlung für einmal ohne Gäste, dafür aber unter strengen Schutzmassnahmen statt. Das Schutzkonzept wurde mit der Aargauer Kantonsärztin erarbeitet und von den Behörden genehmigt. **Die Delegierten haben sich diszipliniert an die Vorgaben gehalten.**

Der Parteileitungsausschuss



Marco Chiesa
Parteipräsident, TI



Céline Amaudruz
Vizepräsidentin, GE



Magdalena Martullo
Vizepräsidentin, GR

Begrenzungs-Initiative

Die Delegiertenversammlung fasste folgende Parolen:

Volksinitiative
«Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)»

JA

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

JA

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)

NEIN

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

JA



Die SVP-Familie kommt zur Delegiertenversammlung zusammen!



Franz Grüter
Vizepräsident, LU



Marcel Dettling
Vizepräsident, SZ



Thomas Matter
Mitglied, ZH



Sandra Sollberger
Mitglied, BL



Manuel Strupler
Mitglied, TG



Thomas Aeschi
Mitglied, Fraktionspräsident
der SVP Schweiz, ZG

Bilaterale I machen

Profitiert die Schweiz von den Bilateralen I und der Personenfreizügigkeit (PFZ)? Eine neue Studie aus England zeigt: Die Bilateralen I machen die Schweizerinnen und Schweizer ärmer.

Seit Jahren verkünden die meisten Schweizer Politiker, Wirtschaftsverbände und Medien unisono, die Personenfreizügigkeit mit der EU sei, wie überhaupt die Bilateralen I, im Interesse der Schweiz. Zwar kamen einige Studien zum Schluss, dass die Schweiz profitiert habe. Die meisten

von ihnen wurden jedoch von behörden-nahen Organisationen wie der Konjunkturforschungsstelle der ETH oder im Auftrag des Bundes oder von Economiesuisse erstellt. Die entscheidende Frage wurde allerdings nicht erforscht: **Profitiert die Schweizer Bevölkerung wirtschaftlich von den Bilateralen I und von der Personenfreizügigkeit?**

Nun liegt die Antwort vor. Geliefert hat sie kürzlich das renommierte britische Forschungsinstitut Europe Economics, das auch die EU-Kommission und britische Ministerien beraten hat. Das Resultat der Studie, die sich auf neueste Daten stützt, ist ernüchternd: Die Forscher kommen nicht nur zum Schluss, dass die Bilateralen I keinen positiven Effekt auf das

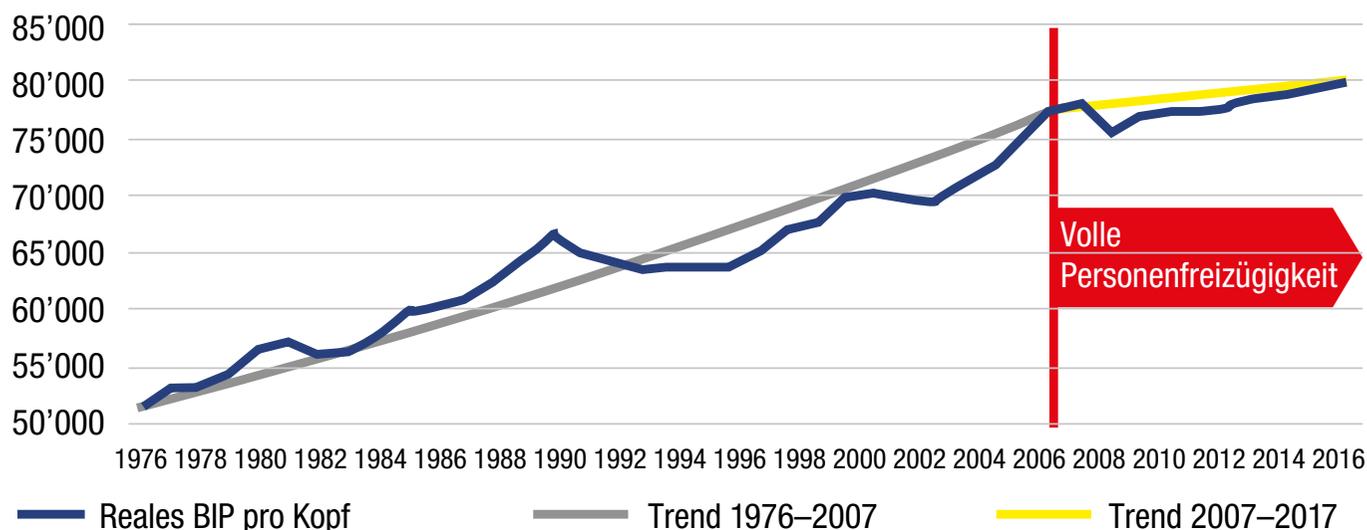
Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf hatten. Sie weisen auch nach, dass sie die Schweizerinnen und Schweizer ärmer machen.

Arbeitnehmende zahlen Zeche

Laut der Studie haben vier der sieben Verträge der Bilateralen I keine



Entwicklung des realen Schweizer Bruttoinlandsproduktes BIP pro Kopf (in Franken von 2010)



Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU ist das BIP pro Kopf in der Schweiz gebremst worden. Ohne Einwanderung läge das jährliche BIP/Kopf heute um gut 3500 Franken höher.

die Schweizer ärmer

ökonomisch messbare Wirkung auf das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf. Wirtschaftliche Auswirkungen haben nur drei Verträge: das Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse, jenes über den Luftverkehr und das Personenfreizügigkeitsabkommen. **Die Vorteile für die Menschen in der Schweiz sind minim.**

Die Abkommen über die technischen Handelshemmnisse und über die Luftfahrt haben zwischen 2002 – also von der Einführung der Bilateralen I inklusive Personenfreizügigkeit – und 2017 nur je 0,1 bis 0,2 Prozent zum BIP pro Kopf beigetragen. Bei einem BIP pro Kopf und Jahr, das aktuell gut 80'000 Franken beträgt, wäre diese ohne die beiden Verträge um lediglich je 80 bis 160 Franken kleiner.

Viel grösser sind hingegen die Nachteile. Denn die Studie zeigt klar: Von 2002 – also der Einführung der Bilateralen I – bis 2017 hat uns die PFZ 0,7 Prozent an Wachstum des BIP pro Kopf gekostet. **Konkret zeigt die Studie, dass die Löhne ohne die masslose Zuwanderung heute um 3,5 bis 3,7 Prozent höher wären.** Wohlverstanden: Es handelt sich dabei um konservative Berechnungen. Das heisst, entgegen dem Dogma der anderen Parteien und Wirtschaftsverbände bringen die Bilateralen I der Schweiz nichts, sondern sie kosten nur.

Gewerkschaften profitieren

Laut den englischen Forschern sind sinkende Investitionen und eine tiefere Produktivität die wichtigsten Kanäle, über die die Zuwanderung das BIP pro Kopf reduziert hat. Denn durch Personenfreizügigkeit können die Unternehmen über massenhaft billige ausländische Arbeitskräfte verfügen und dadurch notwendige Investitionen aufschieben oder gar ganz darauf verzichten.

Als Folge davon sinken die Löhne, während die Kapitalrenditen steigen. Mit anderen Worten: die masslose Zuwanderung macht jene reicher, deren Einkommen schwerpunktmässig aus Kapitalinvestitionen stammt. Da scheint es schon fast grotesk, dass ausgerechnet auch die Gewerkschaften die Personenfreizügigkeit derart vehement verteidigen. Der Grund ist simpel: **Die Gewerkschaften machen mit der Massenzuwanderung richtig Geld:** Die wegen der Personenfreizügigkeit eingeführten flankierenden Massnahmen spülen ihnen jedes Jahr Millionen in die Kassen.

Als Folge davon sinken die Löhne, während die Kapitalrenditen steigen. Mit anderen Worten: die masslose Zuwanderung macht jene reicher, deren Einkommen schwerpunktmässig aus Kapitalinvestitionen stammt. Da scheint es schon fast grotesk, dass ausgerechnet auch die Gewerkschaften die Personenfreizügigkeit derart vehement verteidigen. Der Grund ist simpel: **Die Gewerkschaften machen mit der Massenzuwanderung richtig Geld:** Die wegen der Personenfreizügigkeit eingeführten flankierenden Massnahmen spülen ihnen jedes Jahr Millionen in die Kassen.

Lesen Sie die ganze Studie hier:

begrenzungsinitiative.ch/argumente

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweizer Bevölkerung nicht nur ärmer gemacht, die Forscher gehen davon aus, dass sich diese Auswirkungen in Zukunft verschärfen: Jedes Mal, wenn in der Eurozone eine Krise auftritt, sei mit einer erneuten Masseneinwanderung zu rechnen. Durch die Corona-Pandemie ist die Zahl der Arbeitslosen in unseren Nachbarländern massiv gestiegen. Deshalb brauchen wir heute dringender denn je eine vernünftige Zuwanderung. **Deshalb sagen wir am 27. September JA zur Begrenzungs-Initiative.**



Von Thomas Matter
Nationalrat, Meilen, ZH

So dreist lügen



Karin Keller-Sutter
Bundesrätin, FDP



Unwahrheit

«Wir alle kennen Fälle, in denen beispielsweise ein 55-jähriger Informatiker durch einen jungen Deutschen ersetzt wurde. Aber alle Untersuchungen zeigen, dass keine systematische Verdrängung stattfindet.»



Wahrheit

Liebe Frau Bundesrätin, wenn alle jemanden kennen, dann beweist das vor allem eines: Die Verdrängung älterer Arbeitnehmenden durch EU-Zuwanderer ist ein flächendeckendes Problem, das wir endlich lösen müssen.



Unwahrheit

«Wenn man schaut, wer im Rahmen der Personenfreizügigkeit in die Schweiz kommt, dann sind das Leute, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Sie müssen ja auch einen Arbeitsvertrag haben, damit sie hierbleiben können.»



Wahrheit

Es reicht, wenn jemand einen Arbeitsvertrag für 12 Stunden pro Woche hat, damit die Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung ausstellen muss. Da in der Schweiz faktisch niemand von 12 Stunden Arbeit pro Woche leben kann, springt bei solchen Leuten der Staat ein. Kurz: Sie wandern direkt in unser Sozialsystem ein.

Die Gegner der Begrenzungs-Initiative machen mit Unwahrheiten Stimmung gegen die Initiative und versuchen das Stimmvolk zu manipulieren. Besonders bedenklich ist, dass mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter eine Regierungsvertreterin an vorderster Front mitmischt. Hier decken wir diese Lügen auf und stellen die Fakten richtig dar. Und mehr unter: begrenzungsinitiative.ch/faktencheck



Brandgefährlich

Die anderen Parteien lügen
Folgen der masslosen Zuw



Pierre-Yves Maillard
Präsident SGB,
Nationalrat, SP



Unwahrheit

«Wir wollen die Mechanismen zur Kontrolle von Löhnen und Arbeitsbedingungen stärken.»



Wahrheit

Die masslose Zuwanderung ist es, die die Löhne aller unter Druck setzt. Die angeblich bewährten flankierenden Massnahmen sind eine reine Symptombekämpfung wegen der Billig-EU-Ausländer, die durch die Personenfreizügigkeit ungehindert auf unseren Arbeitsmarkt strömen.



Fabio Regazzi
Nationalrat, CVP



Unwahrheit

«Der Lohnschutz darf nicht in Frage gestellt werden.»



Wahrheit

Die flankierenden Massnahmen wurden überhaupt nötig, weil mit der Einführung der Personenfreizügigkeit der Druck auf die Arbeitsbedingungen so gross wurde.

unsere Gegner



Katharina Prelicz-Huber
Präsidentin VPOD,
Nationalrätin, Grüne

Unwahrheit

«Die guten Beziehungen und Verträge mit der EU ermöglichen den Export unserer Produkte und Dienstleistungen und garantieren gute Arbeitsplätze im Land.»

Wahrheit

Der Marktzugang bleibt auch bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative erhalten.



Hans-Ulrich Bigler
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband, FDP

Unwahrheit

«Nüchtern betrachtet ist dieser Verhandlungsweg im Eiltempo illusorisch – die Begrenzungs-Initiative ist also in Tat und Wahrheit eine Kündigungsinitiative.»

Wahrheit

Verhandlungen mit der EU werden nur schon deshalb möglich sein, weil die EU grosses Interesse daran hat, Verträge wie das Verkehrsabkommen aufrechtzuerhalten.

he Fake News:

**n, um die zerstörerischen
wanderung zu vertuschen!**



Valentin Vogt
Präsident
Arbeitgeberverband

Unwahrheit

«Die Einwanderung führt nicht zu einer höheren Arbeitslosigkeit von älteren Personen.»

Wahrheit

Die ungebremste Zuwanderung bringt vor allem ältere Arbeitnehmende massiv in Bedrängnis.



Elisabeth
Schneider-Schneiter
Nationalrätin, CVP

Unwahrheit

«Die Begrenzungs-Initiative gefährdet tausende Arbeitsplätze.»

Wahrheit

Der Marktzugang wird durch das Freihandelsabkommen und die Abkommen mit der Welthandelsorganisation garantiert. Diese sind durch die Initiative nicht betroffen.

**Schluss mit den Lügen!
Schluss mit der masslosen Zuwanderung!
Deshalb am 27. September**

JA+ zur
Begrenzungs-
Initiative



Die BGI leistet einen Beitrag zur vom Volk beschlossenen Steuerung der Zuwanderung

«Aus meiner Sicht sind die Vorgaben des Zuwanderungsartikels 121a der Bundesverfassung bisher nicht umgesetzt. Die Begrenzungs-Initiative will einen Beitrag zur von Volk und Ständen beschlossenen Steuerung der Zuwanderung leisten. Mir ist wichtig, dass der Wirtschaft mit den verfassungsgemässen Instrumenten diejenigen Arbeitskräfte auch aus dem EU-Ausland zugeführt werden können, die sie benötigt, inklusive der für unsere Region wichtigen Grenzgänger. Für Arbeitskräfte aus Drittstaaten funktioniert dies bereits ohne grössere Schwierigkeiten. Ich sage daher am 27. September JA zur massvollen Zuwanderung.»

Thomas Weber, Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Basel-Landschaft

Thomas Weber, Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Basel-Landschaft



Für eine Zuwanderung im Interesse der Schweiz

«Als souveränes Land muss die Schweiz frei sein, Personen aus dem Ausland zur beruflichen Tätigkeit zuzulassen. Dabei ist es aber wichtig, dass die Schweiz selbst entscheiden kann, wer hierherkommen und eine Stelle antreten darf. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit ist ein Inländervorrang heute wichtiger als je zuvor.»

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Sozialdirektor Kanton Bern

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Sozialdirektor Kanton Bern



Die masslose Zuwanderung schadet unseren Kindern

«Die Ergebnisse der Pisa-Studie sind alarmierend: Die Schulleistungen unserer Kinder haben sich in den letzten Jahren markant verschlechtert. Ein Viertel der Schulabgänger versteht die wichtigsten Inhalte eines Textes nicht mehr. Die unkontrollierte Zuwanderung ist wesentlich mitverantwortlich dafür, dass unsere Volksschule zunehmend an Qualität verliert. Wer bessere Bildungschancen für unsere Kinder will, sagt am 27. September JA zur Begrenzung der Zuwanderung.»

Res Schmid, Bildungsdirektor Kanton Nidwalden



Nachhaltigkeit – auch beim Bevölkerungswachstum

«Die Forderung nach Nachhaltigkeit liegt im Trend. Dabei geht es darum, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne die Interessen künftiger Generationen zu übergehen. Warum dieser hehre Grundsatz ausgerechnet beim Wachstum der landesansässigen Bevölkerung nicht gelten soll, ist nicht nachvollziehbar. Rund 1 Mio. mehr Einwohnerinnen und Einwohner in nur 13 Jahren kann kein zukunftsträchtiges Modell sein. Deshalb muss die Einwanderung in die Schweiz wieder auf ein massvolles und nachhaltiges Niveau gesenkt werden.»

André Rüeegg, Baudirektor Kanton Schwyz

Aufregend. Anders. Effizient.

Mehr Auto fürs Geld
kia.ch

XCEED
plug-in hybrid

ab CHF
41'400.-*

CEED SW
plug-in hybrid

ab CHF
39'900.-*

The Power to Surprise

Die neuen Plug-in Hybrid-Modelle Kia Xceed und Kia Ceed Sportswagon verbinden den Direkteinspritzer mit einem starken E-Motor. Treibstofftank und Akku sind unter der Rückbank versteckt – es bleibt reichlich Platz fürs Familiengepäck!



Abgebildetes Modell: New Kia Xceed PHEV Style 1.6 GDi aut. mit 6-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) (inkl. Optionen: 18" Leichtmetallfelgen CHF 1'200.-, Panoramaglasdach CHF 1'500.- und Metallic-Lackierung CHF 650.- = CHF 3'350.-) CHF 44'750.-*, 1,4 l/100 km, 32 g CO₂/km¹, Energieeffizienzklasse A. New Kia Xceed PHEV Style 1.6 GDi aut. mit 6-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) CHF 41'400.-*, 1,4 l/100 km, 32 g CO₂/km¹, Energieeffizienzklasse A. Abgebildetes Modell: New Kia Ceed SW PHEV Style 1.6 GDi aut. mit 6-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) (inkl. Optionen: 17" Leichtmetallfelgen CHF 1'200.-, Panoramaglasdach CHF 1'500.- und Metallic-Lackierung CHF 650.- = CHF 3'350.-) CHF 43'250.-*, 1,3 l/100 km, 29 g CO₂/km¹, Energieeffizienzklasse A. New Kia Ceed SW PHEV Style 1.6 GDi aut. mit 6-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) CHF 39'900.-*, 1,3 l/100 km, 29 g CO₂/km¹, Energieeffizienzklasse A. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 174 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). ¹ Provisorischer Zielwert 115 g CO₂/km nach neuem Prüfzyklus WLTP, entspricht Ziel 95 g CO₂/km gemäss NEFZ-Messverfahren. *Prämie von CHF 1'000.- bereits abgezogen / das Angebot ist gültig bis 30.09.2020.
Erfahren Sie mehr auf kia.ch

JA zur massvollen Zuwanderung



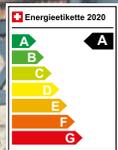
NEW LEXUS

UX

HYBRID

Kompakt, agil und effizient. Der neue Lexus UX mit neuester Vollhybrid-Technologie und kompletter Serienausstattung ist ihr verlässlicher Begleiter in allen Lebenslagen.

0.30%
CELEBRATION
LEASING



LEXUS
EXPERIENCE AMAZING

Abgebildetes Modell: Lexus UX 250h AWD F SPORT ab CHF 54 500.- Ø Verbr. 6,1/100 km¹, Ø CO₂ 137 g/km¹, En.-Eff. A. Zielwert Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 115 g/km.¹ Gemäss Prüfzyklus WLTP. Leasingbeispiel: UX 250h FWD ECO, CHF 37 300.-, Leasingrate CHF 285.70 monatlich, Sonderzahlung 27% vom Nettopreis, 24 Monate, 10 000 km/Jahr. Eff. Jahreszins: 0.30%. 0.30% Leasing gültig für Vertragsabschlüsse bis 31. Oktober 2020, bzw. Widerruf. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. Leasinggeber ist die Multilease AG. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.

Die grünen Heucheleien

Den Mandatsträgern der Grünen geht es bei ihrem Kampf gegen die Begrenzungs-Initiative nicht um die Sicherung der harmonischen Beziehungen mit der EU. Denn sie selber riskieren mit der Massentierhaltungsinitiative bewusst die Bilateralen I Verträge mit der EU.



Von Esther Friedli
Nationalrätin
Kampagnenleiterin
Ebnat-Kappel, SG

Mit der masslosen Zuwanderung der letzten 13 Jahre wird unsere Schweiz immer mehr zubetoniert, wertvolles Kulturland geht verloren, die Biodiversität sinkt. Mehr Menschen in diesem Land bedeutet auch mehr Verbrauch von Energie und Wasser, mehr Verkehr und ein Bedarf an mehr Infrastruktur. Dass die masslose Entwicklung der Zuwanderung nicht so ungebremst weitergehen kann, sollte mit Blick auf den Schutz der Natur und des Klimas vor allem für die Grünen ein wichtiges Anliegen sein. Doch weit gefehlt: Die grüne Partei kämpft an vorderster Front Seite an Seite mit Economiesuisse gegen die Begrenzungs-Initiative. Auf allen Podien können die grünen Vertreterinnen und Vertreter nicht genug betonen, wie wichtig ihnen die Wirtschaft, die bilateralen Verträge und eine harmonische Zusam-

menarbeit mit der Europäischen Union seien. Diese dürfen unter keinen Umständen gefährdet werden.

Wie sich nun zeigt, ist die grüne Harmoniesucht mit der EU nur vorgeschoben. Die Nationalräte Bastien Girod und Meret Schneider, massgebende Exponenten der Grünen also, haben mit der vollen Unterstützung ihrer Partei die sogenannte Massentierhaltungsinitiative eingereicht. Diese will, dass in Zukunft bei der Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren die Richtlinien von Bio-Suisse gelten. Dies bedeutet unter anderem mehr Freilauf und weniger Tiere. Diese verschärften Richtlinien sollen nicht nur in der Schweiz gelten, sondern auch für importierte Fleischerzeugnisse.

Massentierhaltungsinitiative verstösst gegen Agrarabkommen mit der EU

Der Bundesrat schreibt nun in seiner Botschaft zur Massentierhaltungsinitiative, dass die Umsetzung dieser Initiative gegen das Landwirtschaftsabkommen mit der Europäischen Union verstosse und dieses bei einer Annahme der Ini-

tiative höchstwahrscheinlich gekündigt werden müsse. Das Landwirtschaftsabkommen ist wie das Personenfreizügigkeitsabkommen Teil der Bilateralen I, die alle mit einer sogenannten Guillotine-Klausel miteinander verbunden sind. **Genau die Leute, die uns jeden Abend auf Podien und in den Medien vorwerfen, unsere Begrenzungs-Initiative würde die Bilateralen I gefährden, haben eine Initiative eingereicht, die gemäss Bundesrat das Landwirtschaftsabkommen und damit die Bilateralen I zu Fall bringen könnte.** Die Massentierhaltungsinitiative würde sogar noch mehr: Sie riskiert sogar eine Klage gegen die Schweiz vor der WTO, da die Schweiz bei einer Annahme nichttarifäre Handelshemmnisse aufbauen müsste und somit gegen ein Kernprinzip der WTO-Verträge verstossen würde.

Dieses Beispiel zeigt: den Mandatsträgern der Grünen geht es in ihrem Kampf gegen die Begrenzungs-Initiative weder um die Umwelt noch um die Stärkung der bilateralen Beziehungen mit der EU. Sie treibt einzig der Kampf gegen die SVP um.



Überzeugen wir die grüne Basis, für die der Schutz der Umwelt noch wichtig ist, dass sie der Begrenzungs-Initiative zustimmen muss. Denn die grüne Elite hat ihren Kompass längst verloren.

Die masslose Zuwanderung schadet unserer Umwelt

Die Massenzuwanderung zerstört unsere Natur. Nur wenn am 27. September die Begrenzungs-Initiative angenommen wird, hat die Schweiz eine Chance, die Klimaziele 2030 zu erreichen.

Von
Andrea Geissbühler
Nationalrätin
Bäriswil, BE



Mit 25% hat die Schweiz schon heute den höchsten Ausländeranteil in Europa. Die masslose Zuwanderung der letzten 13 Jahre führt zu folgenden schockierenden Tatsachen:

- 541'000 zusätzliche Autos verstopfen unsere Strassen.
- 2 Milliarden zusätzliche Kilowattstunden werden verbraucht.
- 11,34 Milliarden mehr Strassenkilometer werden gefahren.
- 57'000 Fussballfelder wurden überbaut.

Es ist höchste Zeit, dass diese masslose Zuwanderung gestoppt wird. Wir sind verpflichtet, unseren Kindern und Grosskindern eine Schweiz zu hinterlassen, in der ein gesundes Leben in einer intakten Natur möglich ist.

Das Beispiel des Stromverbrauchs zeigt die Problematik der Zuwanderung beson-

ders gut. Die Situation verschärft sich noch durch den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie. Strom-Engpässe wären für die Wirtschaft und für Private ein Horrorszenario. Eine ausgewogene Energiepolitik hat sich an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren. Innovationen sowie nachhaltige Lieferketten sind zu stärken. In der Corona-Krise konnten wir erfahren, dass lokale Produkte und Rohstoffe, die schnell verfügbar sind, unsere Unabhängigkeit und unsere Wirtschaft stärken. Eine lokale Produktion reduziert zudem den CO₂-Ausstoss und den gesamten Energieverbrauch.

Grosskonzerne profitieren – die Bevölkerung hat den Schaden

Ausser der SVP wollen alle anderen politischen Parteien die Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungsdichte und der Zerstörung der Umwelt und der Mehrbelastung des Klimas nicht wahrhaben. Sie sind tatsächlich der Meinung, dass die im neuen CO₂-Gesetz verlangte Reduktion von Treibhausgasen und die Ziele der Energiestrategie 2050 mit Subventionen,

Vorschriften und Lenkungsabgaben erreicht und gleichzeitig weitere Millionen von Einwandernden ungebremst zugelassen werden können. Mit dieser Politik werden die Gewinne der Zuwanderung privatisiert und die Schäden sozialisiert. **Unsere arbeitende Bevölkerung befindet sich im «Sandwich» zwischen den absahnenden, oft ausländischen Managern der Grosskonzerne und den ausländischen Sozialhilfeempfängern.**

Wie absurd diese Politik ist, zeigt das Beispiel der Stadt Bern: Die rot/grün regierte Stadt Bern will die CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2030 auf Null reduzieren. Trotzdem will die Stadtregierung die wunderschöne Landparzelle im Viererfeld überbauen und im Bremgartenwald eine sogenannte «Waldstadt» errichten. Damit ist sie bereit, «die grüne Lunge von Bern», den Wald als Sauerstoffproduzenten, zu opfern.

Es bleibt zu hoffen, dass unsere Stimmbevölkerung die Widersprüche der Gegner im Zusammenhang mit der Begrenzungs-Initiative erkennt und am 27. September JA sagt zur Begrenzungs-Initiative.



Seit der Einführung der EU-Personenfreizügigkeit vor 13 Jahren sind insgesamt rund eine Million Menschen eingewandert – zwei Drittel davon allein aus der EU. Dadurch ist eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern zubetoniert worden.

JA zum eigenständigen Schutz!

Wir müssen jetzt die Weichen stellen, wenn wir die Menschen in der Schweiz auch künftig vor Angriffen aus der Luft schützen und unsere sicherheitspolitische Unabhängigkeit bewahren wollen.



Von Thomas Hurter
Nationalrat
Schaffhausen, SH

Am 27. September stimmen wir unter anderem darüber ab, ob wir weiterhin unser neutrales und souveränes Land eigenständig schützen wollen. Die Armee und damit auch die Luftwaffe nimmt diesen Auftrag wahr. Dabei geht es um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und somit um den materiellen Ersatz der Flugzeuge aus den Jahren 1976 und 1996. **Dieser Ersatz ist absolut notwendig, denn Alternativen, die die verschiedenen Aufgaben der Luftwaffe übernehmen könnten, gibt es nicht.** Trainingsflugzeuge, Drohnen oder Helikopter verfügen weder über die entsprechende Ausrüstung, noch könnten sie so hoch eingesetzt werden oder wären genügend schnell.

Die Luftwaffe nimmt verschiedene Aufgaben wahr, einige sind vergleichbar mit den Aufgaben der Polizei am Boden. Sie führt heute Stichproben durch, ob die Flugzeuge, die unser Land überfliegen, auch der Voranmeldung entsprechen und sich an die hiesigen Vorschriften halten oder gewährleistet einen Konferenzschutz. **Im Notfall muss die Luftwaffe aber auch für den Ernstfall gerüstet sein und sich verteidigen können.** Wir

wissen nicht, was in den kommenden 50 Jahren auf uns zu kommt, darum müssen wir für sämtliche Szenarien bereit sein.

Die Finanzierung ist gesichert

Der Kauf, Unterhalt und Betrieb für die vorgesehenen 30 bis 40 Jahre wird über das normale Armeebudget abgewickelt. Kein anderer Bereich, wie bspw. die Landwirtschaft oder die Bildung, muss durch diesen Kauf mit einem kleineren Budget auskommen! Neben dem schlichten Faktum, dass kein souveränes Land die luftpolizeilichen Aufgaben an eine andere Organisation oder Nation abgegeben hat, wäre es auch rein finanziell absolut falsch, wenn die Schweiz die neuen Kampfflugzeuge nicht selbst beschafft, da es uns einiges mehr kosten würde. So verlangt

« Die Luftwaffe nimmt verschiedene Aufgaben wahr, einige sind vergleichbar mit den Aufgaben der Polizei am Boden. »

bspw. die NATO Beiträge von 2% des BIP, was für die Schweiz bedeuten würde, dass sie ungefähr einen jährlichen Beitrag von 13 Milliarden Franken abzugeben hätte.

Somit wird klar, dass eine Finanzierung über das ordentliche Armeebudget der richtige Weg ist. Ein verlässlicher Schutz der Schweiz, ihrer Souveränität und Neutralität kann nur gewährleistet werden, wenn neue Kampfflugzeuge beschafft werden. Dafür gibt es keine Alternativen. **Deshalb sagen wir am 27. September klar JA zur Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge.**



JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge



NEIN zum teuren Vaterschaftsurlaub!

Die Gewerkschaften wollen den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub an der Urne durchdrücken. Ich sage NEIN zum staatlichen Vaterschaftsurlaub. Dies ist jedoch kein NEIN zu den Familien. Wir schützen mit dem NEIN die Eigenverantwortung und unseren Sozialstaat.

Die Frage stellt sich uns allen: **Wollen wir, dass uns immer weniger Geld zum Leben bleibt?** Wollen wir, dass die Lohnabzüge von Arbeitnehmern immer weiter steigen? Nein, natürlich nicht! Die Corona-Krise demonstriert eindrücklich, dass unsere Löhne und unsere Arbeitsplätze keinesfalls garantiert sind: Die Wirtschaft ist um 8,2% eingebrochen. 50'000 Arbeitsplätze sind bereits verloren gegangen. Es ist zu befürchten, dass uns die grosse Entlassungs- und Konkurswelle aber erst noch bevorsteht.

Jetzt einen staatlichen Vaterschaftsurlaub zu schaffen, wäre absurd. Er würde insgesamt eine Milliarde Franken pro Jahr kosten. 230 Millionen Franken direkte Kosten, die wir alle mit höheren Lohnabzügen zahlen müssten, und rund 900 Millionen Franken Folgekosten in den Betrieben. KMUs können das nicht stemmen. Denn in vielen Branchen sind die Margen heute schon tief. Zusätzlich fällt die Absenz eines Mitarbeiters ins Gewicht: Das bedeutet weniger Aufträge, tiefere Produktivität und zusätzliche Kosten, wenn ein Mitarbeiter ersetzt werden muss.

Vaterschaft ist keine Notlage!

Mit dem Vaterschaftsurlaub würden wir eine neue Sozialversicherung schaffen. Doch halt, wofür haben wir Sozialversicherungen in unserem Land eingeführt? Sozialversicherungen sollen Armut und echte Notlagen verhindern. Die AHV verhindert Altersarmut, die IV Armut infolge Arbeits-

unfähigkeit und die Arbeitslosenversicherung schützt vor Notlagen infolge Jobverlust. Die Geburt eines Kindes jedoch löst gar keine Notlage aus! Im Gegenteil, sie ist die grösste Freude, die Eltern erleben können! Da können wir wohl erwarten, dass ein Vater zwei Wochen seiner Ferien bezieht, um bei der Familie zu sein. Die Gewerkschaften fordern trotzdem, dass die Allgemeinheit

Sozialversicherungsausgaben beschlossen. Das ist verantwortungslose Politik. **Mit einem NEIN zum Vaterschaftsurlaub schützen wir unsere bisherigen Sozialwerke.**

Eltern müssen selbst entscheiden

Familiengründung ist ein privater Entscheid. Die Aufteilung der Kinderbetreuung beruht auf einem eigenverantwortlichen Entscheid des Elternpaares. Hier hat der Staat nichts verloren. Darum ist die Zeit, die ein Vater mit seinem Kind verbringt, keinesfalls staatlich zu finanzieren. **Väter müssen sich eigenverantwortlich um ihre Kinder kümmern.** Was wären denn das für Väter, die nur dann präsent sind, wenn andere ihnen den Urlaub bezahlen? Auch ist die Aufgabe nicht mit zwei Wochen erledigt. Ein Vater muss sich mindestens 18 Jahre Zeit nehmen für seine Kinder. Dies soll er eigenverantwortlich tun.



die Zeit finanziert, die ein Vater mit seinem Kind verbringt. Wir alle sollen mit Lohnabzügen die jungen, gesunden, fitten Männer finanzieren? Dies wäre ein Tabubruch und eine Zweckentfremdung unseres Sozialversicherungssystems!

Wir und die nächsten Generationen stehen vor dem Kraftakt, die AHV und die IV zu sanieren. Infolge der Corona-Krise ist jetzt auch noch die Arbeitslosenversicherung mit vielen Milliarden Franken verschuldet. Die Politik hat dafür noch keine Lösung gefunden, gleichzeitig aber neue

Die gute Nachricht ist: Den Vaterschaftsurlaub gibt es bereits! Viele Unternehmen bieten Lösungen an, viele Branchen via Gesamtarbeitsverträge. Und das Gute daran ist, dass diese Unternehmen alle den Vaterschaftsurlaub zu 100% selbst finanzieren. Diese Kosten sollen nicht auf die Allgemeinheit abgeschoben werden. **Darum sage ich NEIN zum staatlichen Vaterschaftsurlaub!**

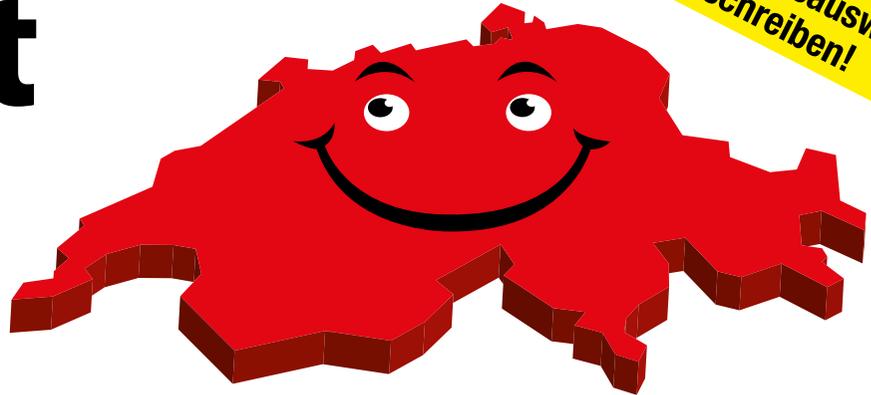


STOPP zu immer mehr Lohnabzügen!
JETZT den Abstimmungszeitel ausfüllen!
NEIN zum teuren Vaterschaftsurlaub!

Von Diana Gutjahr
Nationalrätin
Amriswil, TG



Die Schweiz braucht Sie!



Wichtig!
Jetzt abstimmen
und Stimmausweis
unterschreiben!

Helfen Sie mit, damit wir am 27. September ein **JA** zur Begrenzungs-Initiative erreichen!

- Bis zum 27. September sind es noch zwei Wochen: Alle SVP-Kantonal- und Ortssektionen können noch mit einem Inserat, auf Social Media wie Facebook, per Whatsapp, Newsletter etc. für ein **JA zur Begrenzungs-Initiative werben.**
- Schreiben Sie Leserbriefe an Ihre regionale Zeitung.
- **Sie sind die besten Botschafter:** Überzeugen Sie Familienmitglieder, Freunde, Arbeits- und Vereinskollegen von einem **JA zu einer massvollen Zuwanderung.**
- Rufen Sie Ihre Kontakte an oder schreiben Sie diesen eine SMS.
- Fragen Sie in ihrem Umfeld gezielt nach, **ob die Leute schon abgestimmt haben.** Nehmen Sie sich Zeit für einen Kaffee und motivieren Sie Ihre Familienmitglieder, Freunde und Bekannten zur Stimmabgabe.



Esther Friedli
Nationalrätin
Ebnat-Kappel, SG

Kampagnenleiterin



Marcel Dettling
Nationalrat
Oberiberg, SZ

Kampagnenverantwortlicher



Zu viel ist zu viel!

JA+
zur Begrenzungs-
Initiative

